



## >> NEWSTICKER <<


### ERNEUTE ABLEHNUNG EINER AKTUELLEN AUSSPRACHE

 Für die 23. Plenarsitzung hatten wir fristgerecht eine Aktuelle Aussprache beantragt. Thema sollten die massiven Abholzungsarbeiten entlang der Autobahnen und Landstraßen sein (siehe S. 2). Es ist ein parlamentarisches Recht, eine Aktuelle Aussprache zu dringenden Fragen zu beantragen. Dass hier erneut eine von uns beantragte Aussprache nicht zugelassen wurde, ist empörend. Bereits im März des letzten Jahres wurde eine Debatte über die Ablehnung von bilateralen Verhandlungen mit der französischen Regierung zur Stilllegung grenznaher Kernkraftwerke, insbesondere Cattenom, abgelehnt. Auch diesmal mussten faden-scheinige Argumente herhalten.

### FRANKREICHSTRATEGIE GEHT IN RICHTIGE RICHTUNG, ABER RAHMENBEDINGUNGEN MÜSSEN STIMMEN

 Der Landesregierung muss klar sein, dass sie für den Ausbau des Französischunterrichts an Grund- und weiterführenden Schulen zusätzliche Lehrerstellen benötigt. Wie ein solches Vorhaben im Einklang mit dem geplanten Stellenabbau im Lehrerbereich durchgeführt werden soll, ist ein Rätsel. Diesen Widerspruch muss die Landesregierung erst einmal ausräumen. Allein die Einführung des Französisch-Unterrichts an den Grundschulen in den Klassen 1 und 2 erfordert die Ausweitung der Stundentafel, was nur mit zusätzlichen Lehrerstellen zu leisten ist.

### KRITIK AN AUSLEGUNG DES DATEN- SCHUTZES BEI WILDKAMERAS

 Ein von der Grünen-Landtagsfraktion eingeforderter Bericht der Landesregierung im Datenschutzausschuss hat eindeutig gezeigt, dass sich der Datenschutz hinter andere Interessen einreihen muss. So plant die Landesregierung, anders als in Hessen und bald in Rheinland-Pfalz, kein generelles Verbot von Wildkameras. Wie die Landesregierung mitteilte, sollen beispielsweise an Kirrungen (Stellen, an denen mit Mais oder Getreide Wild angelockt werden soll) Kameras erlaubt werden. Nach unseren Berechnungen dürfen damit über 1.000 Kameras in saarländischen Wäldern aufgestellt werden. Wir fordern nach wie vor das Verbot von privat betriebenen Tierbeobachtungskameras im öffentlichen Raum. Einzige Ausnahme können lediglich wissenschaftliche Zwecke sein.

# Jagdspaß vor Tierschutz

TIER- UND NATURSCHUTZ BLEIBEN BEI DER JAGDREFORM AUF DER STRECKE



Hubert Ulrich  
Umweltpolitischer  
Sprecher



Seit Jahren besteht beim Jagdrecht ein erheblicher Reformbedarf. Eine Anpassung an die geänderten Erfordernisse des Natur- und Tierschutzes und der veränderten Land- und Waldbewirtschaftung ist dringend nötig.

Es fehlt an der Übernahme wichtiger Erkenntnisse der Wildtierökologie und des Natur-, Arten- und Tierschutzes sowie der veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an die Jagdausübung. Im Jahr 2011 wurde unter grüner Regierungsbeteiligung ein umfassender Entwurf für ein modernes Jagdgesetz im Saarland vorgelegt, der diese Defizite beseitigt hätte und bereits mit allen Akteuren abgestimmt war. Dieser Entwurf hätte von der CDU/SPD-Regierung einfach aufgegriffen werden können.

Der jetzt von den CDU- und SPD-Frakturen eingebrachte Gesetzentwurf bleibt gegenüber dem Entwurf aus 2011 jedoch weit zurück und wird dem Reformbedarf nicht gerecht. Bei der Anhörung am 14. Februar ist dies auch von den relevanten Verbänden bestätigt worden.

So etwa beim Tierschutz: Noch 2011 wurde mit der CDU vereinbart, dass die Baujagd im Saarland aus Tierschutzgründen abgeschafft wird, jetzt halten CDU und SPD wieder an ihr fest.

Wir fordern, dass die tierquälerischen Jagdmethoden der Baujagd und der Fallenjagd abgeschafft werden!

Damit wäre zugleich auch die unsägliche Ausbildung von Jagdhunden in sogenannten Schliefenanlagen am lebenden Fuchs beendet. Die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren muss insgesamt abgeschafft werden! Tieren dürfen keine erheblichen Leiden, Schmerzen und Schäden zugefügt werden! Beispiele aus Dänemark, der Schweiz, Irland und den Niederlanden zeigen, dass Jagdhunde nicht an lebenden Tieren ausgebildet werden müssen.

Auch muss die Verwendung von bleihaltiger Munition umgehend verboten werden. Blei ist ein Umweltgift. Es gefährdet beim Verzehr von damit geschossenem Wild die Verbraucherinnen und Verbraucher und belastet die

Umwelt und wildlebenden Tiere ohne Not.

Unbedingt muss auch die Bevorzugung der Vereinigung der Jäger des Saarlandes gegenüber den anderen anerkannten Jagdverbänden abgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass der VJS bei der Erstellung von Abschussplänen die Aufgaben der

Obersten Jagdbehörde übertragen werden und sie sich dann nur selbst kontrolliert. Diese Aufgaben gehören in staatliche Hand! Ein modernes Jagdrecht muss an dem auch vom Tierschutzgesetz erforderlichen vernünftigen Grund zur Erlegung der jagdbaren Tiere ausgerichtet sein. Der Tierschutz muss angemessen und erheblich stärker beachtet werden. Das heißt, die Liste der dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten muss unter Beachtung der artenschutzrechtlichen Vorgaben im Saarland neu gefasst werden. Auch der Abschuss von Haustieren muss verboten werden.

**Wir wollen ein Jagdgesetz für alle Naturnutzer und kein Jägergesetz für die privilegierte Jagdlobby!**



**CHEMIEFABRIK CARLING**  
stärker kontrollieren, geplanten  
Ausbau verhindern

2



**SAAR-UNIVERSITÄT  
DROHT GEFÄHRLICHE  
SCHRUMPFKUR**

4

# CHEMIEFABRIK CARLING

stärker kontrollieren,  
geplanten Ausbau  
verhindern!

Die Chemieplattform in Carling/St.Avold verursacht in trauriger Regelmäßigkeit erhebliche Geruchsbelästigungen auch auf deutscher Seite. Besonders davon betroffen sind die Stadt Völklingen sowie die Warndt-Gemeinden.

Im Stadtrat von Völklingen und den Gemeinderäten von Großrosseln und Wadgassen wurden bereits Resolutionen verabschiedet. Darin fordern diese Kommunen eine stärkere Kontrolle im Bereich der Schadstoffemissionen sowie eine breite Information über sämtliche Vorgänge auf dem Fabrikgelände.

Aus einem Bericht im Europa-Ausschuss am 5. Februar 2014 geht hervor, dass die C.L.I.C.E. (Commission Locale d'Information et de Concertation sur l'Environnement) als zuständiges Informationsgremium über Maßnahmen und Umweltauswirkungen der Chemiefabrik nur in einem Abstand von 6 bis 8 Monaten tagt. Dieser Sitzungsrhythmus reicht nicht aus, um auf kurzfristige Entscheidungen noch Einfluss



Foto: Roland Wiesdorf

zu nehmen. Die Grünen-Landtagsfraktion fordert deshalb wesentlich kürzere Sitzungintervalle. Außerdem fordern wir, alle von den Geruchsbelästigungen betroffenen Städte und Gemeinden wie **Völklingen, Großrosseln und Wadgassen** als neue Mitglieder der C.L.I.C.E. aufzunehmen!

Die in der letzten Sitzung der C.L.I.C.E. im November 2013 angekündigte Erweiterung des Standorts im Jahr 2015 wird die Geruchsbelastungen weiter erhöhen. Wir warnen ausdrücklich vor diesem geplanten Ausbau, der die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland und Frankreich durch Schadstoffemissionen noch mehr belasten wird! Zur wirksamen Kontrolle der Einhaltung der Grenzwerte für

Luftverschmutzung und Geruchsbelastungen sind erheblich mehr Messstationen notwendig, um zuverlässige Messwerte für die betroffenen Gebiete zu erhalten. Die existierenden Messstationen müssen produktionsrelevante Schadstoff-Emissionen messen, die von der Chemie-Plattform stammen.

Im Sinne der Betroffenen darf der für 2015 angekündigte Ausbau der Chemiefabrik in Carling nicht erfolgen, da die Schadstoffbelastung in den umliegenden Gebiete erheblich ansteigen wird. Wir kämpfen für eine saubere Luft im Warndt und das Ende der erheblichen Geruchs- und Schadstoffbelastungen!

## Keine unnötigen Abholzungen an den Straßen!

Die Saarländerinnen und Saarländer mussten in diesem Winter feststellen, dass an den Straßenrändern von Autobahnen und Landstraßen im Saarland massiv abgeholzt wird. Es ist augenscheinlich, dass der Umfang dieser Abholzungen weit über das für die Verkehrssicherheit notwendige Maß hinausgeht. Es wurden Bäume weit ab von jeglichen Straßenschildern und Leitpfosten gefällt.



Ursache hierfür ist wohl unter anderem, dass der Landesbetrieb für Straßenbau es den beauftragten Firmen erlaubt, das von ihnen beseitigte Holz und den Grünschnitt weiterzuverwerten, wenn sie ihre Arbeiten im Gegenzug etwas günstiger ausführen. Wir kritisieren dieses Vorgehen. Es kann nicht sein, dass unnötig Bäume und Pflanzen beseitigt werden, nur um ein paar Euro zu sparen!

Wie unangenehm der Landesregierung dieses Thema ist, zeigt die Tatsache, dass eine von uns zu diesem Thema beantragte Aktuelle Aussprache im Parlament von der Großen Koalition grundlos abgelehnt wurde und man lieber Geschäftsordnungsdebatten führte, als sich diesem Thema, für das ein großes Interesse in der saarländischen Bevölkerung besteht, zu widmen.

Wir fordern, dass der Abschluss solcher Verträge, die einen Anreiz zu unnötigen Abholzungen liefern, sofort eingestellt wird! Außerdem muss für die Ausführung der Maßnahmen in Zukunft ein nachvollziehbares, fachgerechtes Konzept von unabhängiger Seite erstellt werden.

LANDTAG DES SAARLANDES  
15. Wahlperiode

Drucksache 15/730-NEU  
08.01.2014

## ANFRAGE

des Abgeordneten Klaus Kessler (B90/Grüne)

betr.: Staatsleistungen des Saarlandes an die katholische Kirche und evangelische Kirche

In einer langen Reportage des saarländischen Rundfunks am 04. Januar 2014 ist über die Finanz- und Vermögenssituation des Bistums Trier ausführlich berichtet worden. Unter anderem wurde in dieser Reportage das Bistum Trier nach dem Bistum Köln als das zweitreichste Bistum in Deutschland eingeordnet und von der Finanzverwalterin des Bistums als „wohlhabend“ bezeichnet. Zur Finanzierung des Bischöflichen Stuhls und sonstiger Ansprüche der katholischen Kirche trägt auch das Saarland durch Zahlungen aus dem staatlichen Steuerertrag bei. Im Haushaltsplan des Bildungsministeriums für das Haushaltsjahr 2014

# Auch Kirchen müssen Sparbeitrag bringen

Die Grünen im saarländischen Landtag haben eine Anfrage an die Landesregierung zu den Staatsleistungen an die katholische und evangelische Kirche gerichtet. Die Antwort auf die Anfrage beinhaltet sowohl eine Übersicht über die Einzelheiten der Zahlungen des Staats an die großen Kirchen als auch die Beantwortung von Rechtsfragen.

Dabei wurde ersichtlich, dass im Zeitraum von 2004 bis 2014 die Kirchen insgesamt rund 6,7 Mio. Euro Staatsleistungen vom Land als Zuschuss zu Pfarrergehältern und Dotationen zum Unterhalt des Bischöflichen Stuhls in Trier erhielten. Der größte Anteil davon wurde an die katholische Kirche gezahlt. Die jährlichen Mittel aus dem Landeshaushalt betragen im Jahr 2004 518.737 Euro, im Jahr 2014 waren es 565.644 Euro. An die evangelische Kirche wurden jährlich rund 63.000 Euro im Jahr 2004 und 67.323 Euro im Jahr 2014 gezahlt.

Wir sind der Meinung, dass diese Leistungen des Landes an die Kirchen auf den Prüfstand müssen. Sie beruhen größtenteils auf Verträgen, Gesetzen und Vereinbarungen, die heute nicht mehr zeitgemäß sind und dringend überarbeitet werden müssen.

Staatsleistungen, die ihren Ursprung in Entschädigungszahlungen für Enteignungen vor mehr als 200 Jahren haben, sind heutzutage nicht mehr zu rechtfertigen.

Ebenso wenig nachvollziehbar ist der Verweis im Grundgesetz, Artikel 140, auf die Weimarer Verfassung von 1919, worin die Staatsleistungen grundsätzlich unbefristet garantiert werden.

Angesichts der öffentlichen Diskussion über die Finanzen der Kirchen und das Finanzgebaren einiger Bischöfe ist es den Bürgerinnen und Bürgern kaum noch vermittelbar, warum der Staat die Kirchen in dieser Form aus Steuergeldern unterstützt. Der größte Teil der Gelder aus dem Saarland fließt in Höhe von 442.000 Euro als Personal- und Sachdotationen an den Bischöflichen Stuhl in Trier, dem heute zweitreichsten Bistum in Deutschland. Die Personaldotationen werden als Pauschalen gezahlt und zum Teil auch für Gehälter der Bischöfe, Weihbischöfe und Mitglieder des Domkapitels verwandt. Eine personelle Zuordnung der Mittel, wie angefragt, erfolgte aber nicht. Das ist wenig transparent und hinterlässt den Eindruck, dass sich die Kirche nicht in die Karten schauen lassen will.

Wir fordern die Landesregierung auf, unabhängig von notwendigen bundesgesetzlichen Änderungen, in Gespräche mit den Kirchen einzutreten mit dem Ziel, die jährlichen Staatsleistungen PROZENTUAL so abzusenken, dass ein spürbarer Sparbeitrag auch von Kirchenseite zur Konsolidierung des Landeshaushaltes geleistet wird. Wenn alle Ministerien Sparprogramme auflegen müssen, Lehrer- und Polizeistellen gestrichen werden und Kürzungen im Bildungsangebot der Universität anstehen, dürfen auch die großen Kirchen nicht außen vor bleiben.“



ANTWORT DER REGIERUNG  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Aw15\\_0787.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Aw15_0787.pdf)



UNSERE ANFRAGE VOM 09.01.2014  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_0730-neu.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_0730-neu.pdf)

## STELLENABBAU AN UNIVERSITÄTSKLINIK HOMBURG VERHINDERN



Nach einer im Dezember 2013 vorgelegten Studie droht empfindlicher Personalabbau am Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS).

Die Studie von Roland Berger benennt eine Finanzierungslücke von ca. 5 Mio. Euro durch Personalkosten für die rund 1.200 Vollzeitkräfte im Pflegedienst der UKS. Diese Lücke ist durch Vergütungen der Krankenkassen nicht gedeckt. Das Klinikum besetzt somit umgerechnet rund 100 Stellen zu viel, die es künftig einsparen soll. Die Grünen-Landtagsfraktion fordert aufgrund der angespannten Personalsituation an den Kliniken keinen weiteren Stellenabbau zuzulassen! Wir warnen vor einer Verschlechterung der Pflegequalität in saarländischen Krankenhäusern und einer Unterversorgung der Patienten mit notwendigen medizinischen Leistungen. Krankenschwestern und -pfleger arbeiten bereits an ihrer Belastungsgrenze: Überstundenberge wachsen, die Pflegekräfte sind erschöpft. Weiterer Personalabbau ist im Sinne der Patienten nicht hinnehmbar!

Bei einem Stellenabbau sinkt das Niveau in der Krankenpflege weiter und es entsteht ein unverantwortlicher Zustand in den Kliniken. Wenn billigere Servicekräfte anstatt ausgebildetem Pflegepersonal eingesetzt werden, bedeutet dies einen Abbau an Pflegequalität zulasten der kranken Menschen. Deshalb muss ein Stellenabbau am UKS verhindert werden. Außerdem muss sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Reform der Krankenhausfinanzierung einsetzen, um die chronische Unterfinanzierung der saarländischen Kliniken zu beheben.

# SAAR-UNIVERSITÄT DROHT GEFÄHRLICHE SCHRUMPFKUR



Der Wissenschaftsrat veröffentlichte Ende Januar seine „Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems im Saarland.“ Darin stellte er fest, dass die Hochschulen und die Universitätsmedizin „leistungsfähig“ sind. Jedoch löste er mit seinen Sparvorschlägen eine heftige Diskussion aus.



**Klaus Kessler**  
Hochschulpolitischer  
Sprecher

Aufgrund des Sparkurses der Landesregierung, der bis 2020 Einsparungen in Höhe von rund 130 Mio. Euro fordert, kann die Universität zukünftig kein breites Fächerangebot mehr anbieten. Laut Wissenschaftsrat stehen ganze Fakultäten zur Disposition (die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Zahnmedizin an der Uniklinik Homburg sollen reorganisiert bzw. geschlossen werden). Wir warnen deshalb vor dem Ende der Volluniversität und einem Rückbau zur Rumpf-Universität! Wir würden uns sinnvollen Kooperationen der Hochschulen nicht verschließen, diese dürfen aber nicht dazu führen, dass die saarländische Hochschullandschaft ausgedünnt und ein Studium im Saarland unattraktiv wird. Im harten Wettbewerb der deutschen Hochschul-

Standorte darf das Saarland nicht abgehängt werden, denn dies gefährdet letztlich seine Eigenständigkeit!

Einen wichtigen Faktor, der nicht in der Beurteilung durch den Wissenschaftsrat berücksichtigt wurde, bilden die volkswirtschaftlichen Effekte der Universität des Saarlandes und ihrer Studierenden. Die Universität ist zweifellos ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor in der Region. Werden die Kürzungsvorschläge des Wissenschaftsrats tatsächlich umgesetzt, bedeutet dies den Verlust von mehreren Tausend Studienplätzen im Saarland und einer entsprechenden Anzahl von Arbeitsplätzen an der Universität (wissenschaftliches und technisches Personal). Die Universität wirbt vor allem junge Menschen und bindet sie als Studierende und Einwohner an das Saarland. Die volkswirtschaftlichen Effekte durch die erzielten Einnahmen in Millionenhöhe aus dem Hochschulpakt und dem Länderfinanzausgleich wurden im Gutachten des Wissenschaftsrats nicht berücksichtigt! Sie müssen aber bei der Entscheidung über die weitere Entwicklung der Hochschulen in Betracht gezogen werden.

Die Landeshauptstadt Saarbrücken hat ebenso die besondere Bedeutung der Hochschulen erkannt. Der Stadtrat hat daher eine Resolution

verabschiedet. Darin wird die strukturelle Bedeutung der Hochschulen betont, die mit der Ausbildung von Nachwuchskräften eine zentrale ökonomische Funktion für Stadt und Land erfüllen. Der Stadtrat fordert die Landesregierung auf, bei der Hochschulreform Fingerspitzengefühl zu wahren – insbesondere in Hinblick auf die Universität des Saarlandes. Dieses Anliegen unterstützt auch die Grünen-Landtagsfraktion! Im März wird der Wissenschaftsausschuss eine mehrtägige Anhörung durchführen, in der sich über 50 Vertreter betroffener Institutionen zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrats äußern. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu einer breiten Diskussion über die Zukunft der saarländischen Hochschullandschaft, die wir führen wollen.

**SCHENK UNS DEINEN  
DAUMEN!**



[facebook.com/GrueneFraktionSaar](https://facebook.com/GrueneFraktionSaar)

## **i** INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne weitere Informationen zur Arbeit im Landtag?  
Sie interessieren sich für parlamentarische Anfragen, Anträge und Gesetzentwürfe?

Melden Sie sich einfach unter:  
0681/5002-508 oder  
[fraktion@gruene-saar.de](mailto:fraktion@gruene-saar.de)

## **IMPRESSUM**

Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion vertreten durch stellv. Fraktionsgeschäftsführer Torsten Reif, Landtag des Saarlandes,  
Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119 Saarbrücken  
Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511  
E-Mail: [fraktion@gruene-saar.de](mailto:fraktion@gruene-saar.de)  
Fotos: Gruene, stockXchange/nwk, Roland Wiesdorf,  
Logo Seite 1: Universität des Saarlandes



## **Aktuelle parlamentarische Anfragen und Anträge der Grünen-Landtagsfraktion:**

Af15\_0792 | Entwicklung der Besucherzahlen im Weltkulturerbe Völklinger Hütte  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_0792.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_0792.pdf)

Ag15\_0766 | Waldzustandsbericht und Waldkalkung  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_0766.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_0766.pdf)

Af15\_0758 | Biomassepotenziale und Biomasseverwertung an Straßen und Waldwegen  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15\\_0758.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_0758.pdf)

Ag15\_0772 | Gleichwertigkeit von Gymnasium und Gemeinschaftsschule im Benotungssystem herstellen  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_0772.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_0772.pdf)

Ag15\_0771 | Universität des Saarlandes eine echte Zukunftsperspektive bieten: Ausreichende finanzielle Mittel zusagen, um drohenden Rückbau zu verhindern!  
[www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15\\_0771.pdf](http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_0771.pdf)